

Aufmerksamkeitsstark heißt nicht durchsetzungsstark – Zur Rolle und Funktion aktueller Protestbewegungen

Neue Protestbewegungen machen besonders im Energiesektor Furore. Warum? Und ist das gut für die Gesellschaft und die Demokratie? „et“ sprach mit Martin Florack, der maßgeblich am Aufbau der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen beteiligt war und dort als Dozent tätig ist, über seinen aktuellen Forschungsschwerpunkt. Dabei geht es um Rolle und Funktion von Nichtregierungsorganisationen sowie kampagnenorientierten Protestbewegungen.

„et“: Was unterscheidet die NRW School of Governance vom akademischen Betrieb einer klassischen Universität?

Florack: Wir wollen den universitären Masterstudiengang Politikmanagement ergänzen und dabei über die akademische Ausbildung hinausgehen. Wir ergänzen das Studium durch Praxisorientierung und arbeiten mit Dritten zusammen. Wir wollen mit unseren Analysen und Empfehlungen in öffentliche Institutionen hineinwirken.

Wir adressieren unsere Forschung an Verwaltung, Parteien und an die Exekutive. Im Laufe der Jahre haben sich unser Programm und unsere Leistungen entwickelt und sind deutlich gewachsen. Inzwischen gibt es auch einen Weiterbildungsstudiengang für Menschen, die sich für Politik interessieren und dies berufsbegleitend für ein Jahr vertiefen wollen. Es gibt 16 Studierende pro Jahr sowie viele Forschungsvorhaben. Neben einem personellen Kernbestand gibt es viele Mitarbeiter mit Kooperationsstatus sowie eine wechselnde Gastprofessur.

Neuartige Form des politischen Wandels

„et“: Ihre Arbeit bewegt sich an der Schnittstelle von Wissenschaft und aktueller Politik, auch von Politik außerhalb der Parlamente. Wie beurteilen Sie die Wirksamkeit von Macht und Legitimität bei Initiativen?

Florack: Wir haben eine neuartige Form des politischen Wandels. Wir stellen fest, dass sich immer weniger Menschen vorstellen können, in festen Organisationsstrukturen langfristig aktiv zu sein. Aber sie sind bereit, sich kurzfristig, projektbezogen oder aktionsorientiert zu engagieren. Insofern passen die Formate der Protestkultur auch gut zum aktuellen Nachfrageprofil. Mit dieser Art von Profil gewinnt man schnell große Aufmerksamkeit.



Dr. Martin Florack, NRW School of Governance & Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen
Foto: Privat

Vor allem jüngere Menschen haben die neuen Regeln verstanden. Um Aufmerksamkeit und positive Wertschätzung zu erzielen, braucht es andere Aktionsformate als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Insofern drücken sie die richtigen Knöpfe.

„et“: Wenn ich Sie richtig verstehe, rückt die Protestkultur von den Rändern verstärkt in die Mitte der Gesellschaft. Lässt sich dieser Wandel messen?

Florack: Die Messung der Wirkung fällt schwer. Präziser beschreiben lässt sich jedoch die Rezeption der Wirkung. Wir stellen überrascht fest, dass die Wirkung der aktuellen Protestkultur groß ist. Ob sich das automatisch übersetzt in Macht oder Einfluss ist fraglich und macht die Defizite der kampagnen-

orientierten Protestkultur deutlich. Sie wird nicht automatisch politikfähig. Das heißt, diese neuen und jungen Formen der politischen Organisation können zumindest derzeit nicht direkt politisch konstruktiv wirken.

„et“: Können Sie das konkretisieren?

Florack: Nehmen wir das Beispiel des Hambacher Forstes. Hier wird die dialektische Struktur der Protestkultur besonders deutlich: Einerseits beteiligten sich die Kohlegegner aktiv am Kohlekompromiss und arbeiteten in der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung bis zur Verabschiedung der Empfehlungen mit. Andererseits wurden die Proteste am Braunkohlentagebau Hambach massiv fortgesetzt. Dialog und Protest gehen nicht immer zusammen.

„Wir stellen überrascht fest, dass die Wirkung der aktuellen Protestkultur groß ist. Ob sich das automatisch übersetzt in Macht oder Einfluss ist fraglich und macht die Defizite der kampagnenorientierten Protestkultur deutlich. Sie wird nicht automatisch politikfähig. Das heißt, diese neuen und jungen Formen der politischen Organisation können zumindest derzeit nicht direkt politisch konstruktiv wirken.“

Dr. Martin Florack, NRW School of Governance & Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen

Die Aktionen verweisen darauf, dass sich die Anti-Kohle-Bewegung nach dem Kohlekompromiss neu organisieren und neu solidarisieren muss, wenn sie ihre gewonnene Aufmerksamkeitsstärke stabilisieren will. Eine Option war die Weiterführung der Protestaktionen im Hambacher Forst mit dem Ergebnis, dass die Rodung nun nicht mehr fortgesetzt wird. Mit dem Erreichen dieses Ziels entfiel ein aufmerksamkeitsstarkes Symbol und die Proteste verlagerten sich auf die aus Sicht des örtlichen Bergbauunternehmens erforderlichen Umsiedlungen.

„et“: *Dann waren die Auseinandersetzungen um den Hambacher Forst eine Art Überlebenskampf der Protestkultur?*

Florack: Die Mitglieder der Kohlekommission hätten jedenfalls erkennen müssen, dass eine vollständige Zustimmung der Kohle-Gegner zum Kohlekompromiss den Verlust ihrer Unterstützer zur Folge gehabt hätte. Dieses Dilemma führt bei denen, die klassische Formate in der Politik gewohnt sind, zu Irritation und Provokation. Der Unwille besteht zu Recht: Man kann nicht eine Vereinbarung unterschreiben, aber eigentlich etwas anderes – hier den noch schnelleren Ausstieg aus der Kohle – wollen. Ein Teil der Protest- und speziell der Anti-Kohle-Bewegung will Dinge, die nicht vereinbar sind.

„et“: *Und welcher Weg führt aus diesem Dilemma?*

Florack: Die genannten Gruppen sehen eine Möglichkeit, dieses Dilemma zu überwinden darin, Verantwortung wieder an die Politik zu delegieren.

Die Botschaft der Protestbewegungen lautet, wir erheben nur die Forderung und ihr müsst handeln. Das macht auch die Adressierung so schwierig. Aber Politik braucht Ansprech-

partner, darauf ist Politik angewiesen. Es ist wahnsinnig schwer, Gruppen wie Fridays for Future in konkrete Entscheidungsprozesse einzubinden. Bei den Gelbwesten in Frankreich gab es Sprecher, die jedoch von den eigenen Leuten delegitimiert wurden. Der Vorwurf an die eigenen Leute lautet dann: Ihr sprecht nicht für uns als gesamte Gruppe oder Bewegung.

„et“: *Es wird aber immens großer Druck auf gebaut.*

Florack: Ja, es wird eine hohe Aufmerksamkeit generiert. Aber Aufmerksamkeit und Bedeutung sind zwei völlig unterschiedliche Schuhe. Wer ist schon gegen Klimaschutz. Umstritten sind aber die Wege zu mehr Klimaschutz. Die Politik müsste für die Umsetzung geeigneter Strategien und Maßnahmen sorgen. Aber dort herrscht Unsicherheit. Bei den Parteien sogar eine gewisse Unlust. Man streitet deshalb ersatzweise über die kleinteiligen Instrumente: Emissionshandel oder CO₂-Steuer, Regulierungen für den Wärmemarkt oder die Höhe der Elektro-Mobil-Prämie. In der Öffentlichkeit findet das große Thema Resonanz, aber die Übersetzung in praktische Maßnahmen wird zerredet.

„et“: *Aufmerksamkeitsstarker Protest in der Öffentlichkeit statt komplexe Entscheidungsprozesse in den Parlamenten?*

Florack: Aufmerksamkeit basiert in der Regel auf der Grundlage von wirkungsvoll artikulierten oder inszenierten Gruppen- und Individualinteressen. Ein Teil der Interessensartikulation bedient sich jedoch weder der klassischen politischen Mehrheitsbeschaffung noch der aktuellen Protestbewegungen. Ich spreche von einem dritten Weg, dem Klageweg. Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe sind so mächtig geworden, weil sie nicht auf den

politischen Betrieb einwirken, sondern weil sie den Klageweg beschreiten. Ein Gericht kann nicht ausweichen oder sich zurückziehen. Es wird ein Urteil gefällt. Eine zunehmende Zahl von Interessensgruppen setzt auf diese Wege der Durchsetzung.

Das ist eine überaus interessante Entwicklung. Es wird nicht mehr diskutiert, sondern geklagt. Das ist nicht ganz neu, sondern hat Vorläufer in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre. Es wiederholt sich also ein Muster. Das Besondere an den klagebereiten Interessensgruppen ist: Hier wird nicht nur Aufmerksamkeit generiert, sondern auch Bedeutsamkeit. Dazu verhält sich die Politik derzeit abwartend und indifferent.

Aber die Politik muss reagieren, das Aufmerksamkeitspotenzial sowie die Auswirkungen zum Beispiel auf die Verkehrs- und Umweltpolitik sind hoch. Dahinter verbergen sich auch machtpolitische Überlegungen. Die Politik wird solange getrieben, solange sie nicht versucht, die auf dem Klageweg angesprochenen Probleme auf andere Art zu lösen und Alternativen anbietet.

Chance oder Risiko für die Demokratie?

„et“: *Was bedeutet das für das demokratische System?*

Florack: Wir müssen uns vertraut machen mit neuen Formen der Demokratie, speziell der Aufmerksamkeits-Demokratie. Beliebte sind simulative Treffen mit Politikern oder Managern großer Konzerne. Andererseits scheinen Einzelpersonen wie Greta Thunberg mit der Generierung starker Aufmerksamkeitswerte grotesk überfordert. Das sind Suchbewegungen. Aber ich habe den Eindruck, der Politik läuft die Zeit davon.

„Die Botschaft der Protestbewegungen lautet, wir erheben nur die Forderung und ihr müsst handeln. Das macht auch die Adressierung so schwierig. Aber Politik braucht Ansprechpartner, darauf ist Politik angewiesen. Es ist wahnsinnig schwer, Gruppen wie Fridays for Future in konkrete Entscheidungsprozesse einzubinden. Bei den Gelbwesten in Frankreich gab es Sprecher, die jedoch von den eigenen Leuten delegitimiert wurden.“

Dr. Martin Florack, NRW School of Governance & Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen

„et“: Welche Rolle spielen bei den neuen Formen die klassischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs)?

Florack: Der Begriff NGO hat eine wahnsinnige Brandbreite. Es gibt die vielfältigsten Organisationsformen, Größen und Ansätze. Das Label NGO soll grundsätzlich Positivität und Unabhängigkeit vermitteln. Es gibt NGOs, die wir eher zu den klassischen Interessensvertretungen zählen sollten. Es gibt auch NGOs, die auf Politikberatung und Expertenkompetenz setzen. Das Label NGO hilft uns nicht richtig weiter. Auch in der NGO-Welt vollzieht sich derzeit eine Suchbewegung. Auffällig ist, dass viele Nichtregierungsorganisationen ganz ähnliche Probleme haben wie die politischen Parteien: Mit ihrer Ausrichtung, mit den Mitgliedern, mit der Abgrenzung, mit den richtigen und schnellen Antworten.

„et“: Schwindet der Einfluss der NGOs?

Florack: Noch einmal: Es ist ein Fehlschluss, von reiner Aufmerksamkeit direkt auf Einfluss zu schließen. Greifen wir noch einmal das Thema Braunkohle auf. Zahlreiche Organisationen arbeiten seit zwanzig oder mehr Jahren am Thema. Plötzlich öffnet sich ein Fenster für starke Aufmerksamkeit. Wir sprechen hier von Themenkonjunkturen, die vielfältige Auslöser oder Verstärker haben können. Dazu zählen zum Beispiel der heiße und trockene Sommer des vergangenen Jahres oder auch die Symbolkraft des Themas Wald. Zu nennen sind die auch rechtlich etwas grauen Schulstreiks oder die Ausstrahlungskraft von Einzelpersonen.

„et“: Können Einrichtungen wie Enquete-Kommissionen Brücken schlagen?

Florack: Enquete-Kommissionen sind eine Sonderform der parlamentarischen Arbeit neben und außerhalb der Arbeit in den Ausschüssen. Fraktionen haben das Recht, Sachverständige zu berufen, die dann Teil dieser Kommissionen sind. Sie sind auf längere Sicht angelegt und sollten

sich nicht dem Tagesgeschäft widmen, sondern fundamentale Fragen adressieren. Es sollte kein Parteienstreit ausgetragen, sondern Gemeinsamkeiten erarbeitet werden. Der nordrhein-westfälische Landtag hat eine solche Kommission zur Förderung der Demokratie eingesetzt. Erörtert werden das kommunalpolitische Engagement der Bürger, Fragen der politischen Partizipation und Debattenkultur sowie die Zukunft des Föderalismus und das Prinzip der Subsidiarität. Das ist ein guter Ansatz, der breiter geöffnet werden sollte.

„et“: Signalisieren sinkende oder schwache Wahlbeteiligungen einen Demokratieverlust?

Florack: Wir hören immer wieder den Vorschlag, die Demokratie durch direkte Instrumente zu stärken. Das klingt gut, ist aber wenig zielführend. Durch eine Stärkung der direkten Demokratie werden keine Nichtwähler mobilisiert, sondern die bereits politisch Aktiven weiter gestärkt. Ich befürchte sogar eine steigende demokratische Verzerrung. Nichtwähler müssen im Rahmen der repräsentativen Demokratie zurückgewonnen werden. Dazu brauchen wir neue Formen der Kommunikation und vor allem starke Parteien.

„et“: Aber die repräsentative Demokratie steckt doch in einer Krise?

Florack: Viele Menschen sehen in der repräsentativen Demokratie ein defizitäres Modell. Das hat eine gewisse Berechtigung, weil heute andere Anforderungen an die Demokratie gestellt werden als vor 40 oder 50 Jahren. Viel mehr Menschen wollen mitmachen und mitentscheiden. Aber es gibt unverändert viele, die haben keine Zeit für Politik. Für diese Menschen ist der Wahlakt unverändert wichtig. Der Wähler delegiert den Job, behält ein Recht auf Abwahl oder Bestätigung. Das ist enorm effizient, funktioniert aber nur, wenn die Legitimitätskette zwischen Wählern und Gewählten hält. Radikale Wahlentscheidungen als Denktzettel oder aus Frustration überfordern dieses

System. Wir brauchen das Modell der wehrhaften Demokratie, denn demokratiefeindliche Kräfte sind da und die Zahl von Politikverächtern steigt in allen sozialen Schichten.

„et“: An die Stelle klarer parlamentarischer Mehrheiten oder Zweier-Koalitionen treten immer komplexere Modelle. Mit welchen Auswirkungen müssen wir rechnen?

Florack: Eine Dreier-Koalition ist in der Regel mit dem Lagerwechsel mindestens eines Partners verbunden. Das kann Parteien bis an ihre Grenzen belasten. Der Zeitaufwand für Entscheidungen nimmt deutlich zu und es kommt häufiger zu Nicht-Entscheidungen. Aktuell sehen wir die Auswirkungen in der Länderkammer des Bundes. Zu viele Enthaltungen führen dazu, dass die Länder als Akteure auf Bundesebene immer öfter ausfallen. In den Ländern funktionieren Mehrfach-Koalitionen dagegen schon ganz gut. Hier steht den Parteien noch ein langer Lernprozess bevor, wie die aktuelle Entwicklung in Thüringen besonders drastisch vor Augen geführt hat.

„et“: Wohin steuert Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreiches Industrieland?

Florack: Ich bin mir sicher, NRW bleibt auch politisch ein Industrieland. Die Dissonanz zwischen Wirtschaft und Politik auf den Feldern Energie und Klima wird zunehmend abgebaut. Nicht weil die Politik zu viele Kompromisse eingeht, sondern weil sich die Unternehmen bewegen. Einzelne, auch große Unternehmen treiben den Klimaschutz geradezu an. Natürlich kratzt das am Gründungsmythos NRW, aber die Realität ist vielleicht weiter als Politik und öffentliche Meinung.

„et“: Herr Dr. Florack, vielen Dank für das Interview.

Das Interview führte Wieland Kramer, Journalist, Wuppertal, im Auftrag der „et“

20 Jahre EEG: Erfolg hat einen Preis

Der Auf- und Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland basiert auf dem im April 2000 in Kraft getretenen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Seit der Verabschiedung wird das Gesetz durch eine kontroverse Debatte begleitet: Ist das EEG eine Erfolgsgeschichte oder eine teure Fehlsteuerung?

Das EEG sollte zunächst „eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung“ ermöglichen und den Beitrag erneuerbarer Energien (EE) deutlich erhöhen [1]. Mit der Novellierung im Jahr 2004 wurde erstmals ein konkretes Ziel für den EE-Anteil am gesamten Energieverbrauch festgelegt: für 2010 auf 12,5 % und für 2020 auf 20 %. In der EEG-Novelle 2009 wurde der Zielbezug geändert: nun sollte der EE-Anteil an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 30 % steigen [2].

Später wurden die Ziele des Energiekonzepts aus dem Jahr 2010 übernommen, die bis ins Jahr 2050 reichen: im Jahr 2020 sollte der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch 35 % betragen. Die aktuelle EEG-Novelle 2017 sieht für das Jahr 2025 40 bis 45 %, für das Jahr 2035 55 bis 60 % und mindestens 80 % bis zum Jahr 2050 vor. Über die Jahre erfolgte also eine stetig steilere Kurve der Wachstumsziele (Abb. 1).

Tatsächlich ist der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch im Zeitraum 2000 bis 2019 von 6,3 % auf 42,1 % [3] gestiegen und liegt damit sogar deutlich oberhalb des von der Bundesregierung angestrebten Zielkorridors. Die Ergebnisse suggerieren

also eine Erfolgsgeschichte. Mehr noch, durch den fortschreitenden Zubau konnten die Ziele stetig angepasst werden. Aktuell steht die Zielmarke für das Jahr 2030 bei einem Anteil von 65 % am Bruttostromverbrauch. Diese Zielerreichung wird allerdings größere Anstrengungen erfordern und sich nicht mehr quasi automatisch erreichen lassen, denn der EE-Ausbau ist stark ins Stocken geraten – nicht zuletzt wegen dringend erforderlicher Anpassungen des EEG [4].

Maßgebliche Ursache für die Zielerreichung des EEG war die für 20 Jahre garantierte feste Einspeisevergütung in Verbindung mit dem Anspruch auf unverzüglichen und vorrangigen Anschluss der EEG-Anlagen an das Netz sowie die vorrangige Abnahme des Stroms durch die Netzbetreiber.

Die Förderung führte zu einem unerwarteten Anstieg des Zubaus von Photovoltaikanlagen, deren Anschaffungskosten im Zeitverlauf deutlich gesunken waren. Auch die beschleunigte Technologieentwicklung und Kostendegression kann also als Erfolg des EEG verbucht werden.

Mit dem unkontrollierten Anlagenzubau stieg die Belastung für die Stromverbraucher. Denn

die Differenz zwischen den gesetzlichen Vergütungssätzen und den börslichen Strombeschaffungspreisen wird über die EEG-Umlage an die Verbraucher weitergegeben. Allein in den Jahren 2010 bis 2014 erhöhte sich die EEG-Umlage von 2,05 auf 6,24 ct/kWh. Heute beträgt sie 6,756 ct/kWh. Ein Grund, weshalb seit 2014 sukzessive ein Systemwechsel zu einer Mengensteuerung stattfand. Die zu fördernde Menge wurde von da an im EEG festgeschrieben (Ausbaupfad) und die Förderhöhe für Anlagen oberhalb 100 kW wird inzwischen über Ausschreibungen bestimmt. So versprach man sich, dass so die Ausbauziele genauer und kosteneffizienter erreicht werden.

Zumindest in den Ausschreibungen für Windenergie an Land zeichneten sich 2017 noch ein hohes Wettbewerbsniveau und ein sinkender Zuschlagswert ab. Die eingereichte Menge überstieg mehrfach die Ausschreibungsmenge. 2018 allerdings ging das Gebotsvolumen deutlich unter das Ausschreibungsvolumen zurück. Als Ursachen werden die Genehmigungsstaus, aber auch strategisches Bieterverhalten diskutiert. Auch die Preisentwicklung kehrte sich um, der Zuschlagswert stieg wieder an (Abb. 2), was laut Bundesnetzagentur auf einen schwachen Wettbewerb hindeutet.

Die EEG-Umlage wird die Stromverbraucher im Jahr 2020 nach Prognose der Übertragungsnetzbetreiber voraussichtlich mit rund 26,2 Mrd. € belasten (Abb. 3). Für den durchschnittlichen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh führt dies auch ohne die hierauf noch zu entrichtende Mehrwertsteuer zu einer direkten Belastung von fast 240 € im Jahr. Hinzu kommen weitere rund 25 € pro Jahr für den erforderlichen Netzausbau [5].

Die indirekte Belastung durch Mehrkosten im Bereich der bezogenen Güter und Dienstleistungen sowie die Mehrkosten für den Netzausbau sind hierbei noch nicht berücksichtigt. Laut Bundesrechnungshof sorgt das Abgaben- und Umlagesystem zudem dafür,

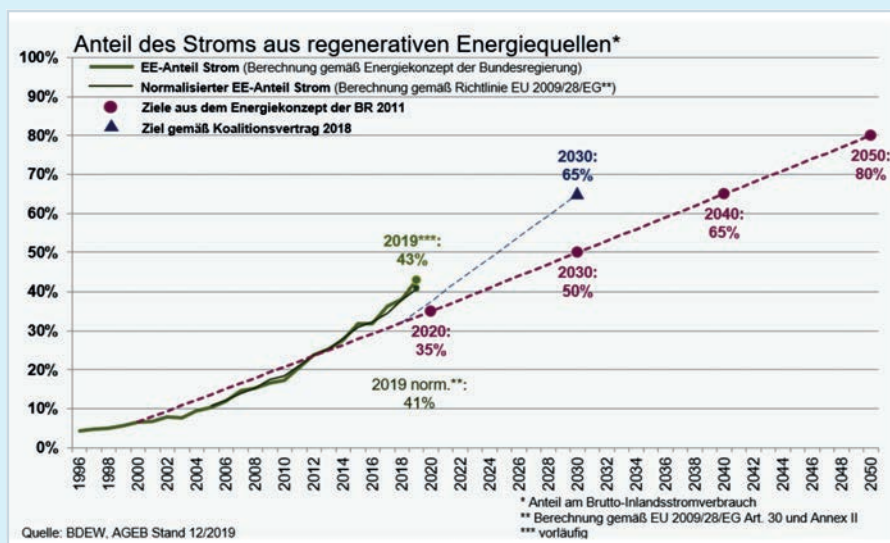


Abb. 1 Beitrag und Ziele der erneuerbaren Energien im Bereich Strom

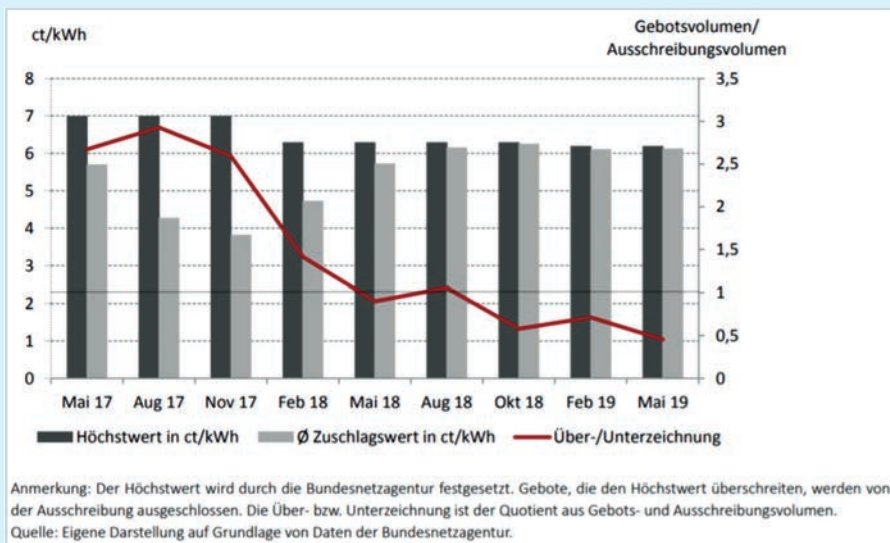


Abb. 2 Ergebnisse der Ausschreibungen für Windenergie an Land bis Mai 2019

dass Wirtschaft und Privathaushalte kaum von günstigen Entwicklungen des Börsenpreises für Strom profitieren können, da sinkende Börsenstrompreise zu einer Erhöhung der EEG-Umlage führen.

Neben der sozial unausgewogenen Belastung des Umlagesystems wird auch der ökologische Nutzen der EE-Förderung kontrovers diskutiert. Durch Wechselwirkungen mit dem EU-Emissionshandel hat das EEG kaum zu Emissionsreduktionen in Europa geführt. In Deutschland nicht nachgefragte Zertifikate haben eine Verlagerung ins Ausland nach sich gezogen. Als Instrument zur Dekarboni-

sierung würde das EU-ETS ausreichen. Die Monopolkommission hat aufgezeigt, dass das EU-ETS sich am besten dazu eignet, diesem Ziel nachzukommen [6].

Zudem lässt sich, trotz der erheblichen installierten Leistung erneuerbarer Energien mit ihrer fluktuierenden Erzeugung, die Stromversorgung auf absehbare Zeit nicht ohne konventionelle Kraftwerke sicherstellen [7, 8]. Studien zufolge sind bis 2050 weiterhin regelbare Kraftwerke mit einer Leistung zwischen 60 bis 130 GW bei gleichzeitigem Einsatz umfangreicher Energiespeicher notwendig, um die Versorgungssicherheit über längere

Zeiträume ohne ausreichend Windaufkommen und Sonneneinstrahlung zu gewährleisten. 2018 betragen die regelbaren Kraftwerkskapazitäten rund 100 GW. Die benötigte Reservekapazität wird demnach nicht abnehmen, sondern eher noch wachsen [9-11].

Zukunft des EEG

Aussagen wie die, dass die Stromerzeugungskosten bei EE-Anlagen niedriger seien als aus konventioneller Erzeugung, sind zu hinterfragen. Es bleibt unberücksichtigt, dass die Erneuerbaren keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Die Aussage, nach 20 Jahren EEG fallen mehr Anlagen aus der Förderung als neue gebaut werden, ist irreführend, da eine Windkraftanlage nicht automatisch vom Netz genommen wird, wenn die Zahlung der EEG-Subventionen endet.

Anmerkungen

- [1] § 1 Abs. 1 EEG – Fassung vom 29. März 2000 (https://www.clearingstelle-eeg-kwkg.de/sites/default/files/5-EEG_2000_BGBI-I-305.pdf)
- [2] § 1 Abs. 2 EEG – Fassung 25. Oktober 2008 (https://www.clearingstelle-eeg-kwkg.de/sites/default/files/EEG_2009_juris_Stand_110412-110430.pdf)
- [3] Der Erneuerbaren-Anteil erreichte im ersten Quartal 2020 wegen großer Sondereffekte erstmals sogar 52 % <https://www.bdew.de/presse/presseinformationen/erneuerbaren-anteil-wegen-gro%C3%9Fer-sondereffekte-erstmals-bei-52-%/>
- [4] Neben vielfachen Änderungen wurde das EEG mehrfach umfassend novelliert (EEG 2004, EEG 2009, EEG 2012, PV-Novelle, EEG 2014, EEG 2017)
- [5] Offshore-Netzumlage, § 19 StromNEV-Umlage
- [6] 4. Sektorgutachten Energie der Monopolkommission, 2013.
- [7] Siehe auch „Erneuerbare: Rekorde bei der Erzeugung – Flaute bei der Versorgungssicherheit“ in *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 67. Jg. (2017), Heft 8, S. 26 f.
- [8] Siehe auch „Leistung und Erzeugung – Struktur der Stromversorgung in der richtigen Balance halten“ in *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 69. Jg. (2019), Heft 9, S. 32.
- [9] Vgl. ESYS: Sektorkopplung – Untersuchungen und Überlegungen zur Entwicklung eines integrierten Energiesystems, November 2017.
- [10] Vgl. BCG, prognos: Klimapfade für Deutschland, Januar 2018.
- [11] Vgl. dena: Leitstudie Integrierte Energiewende – Impulse für die Gestaltung des Energiesystems bis 2050, Juli 2018.

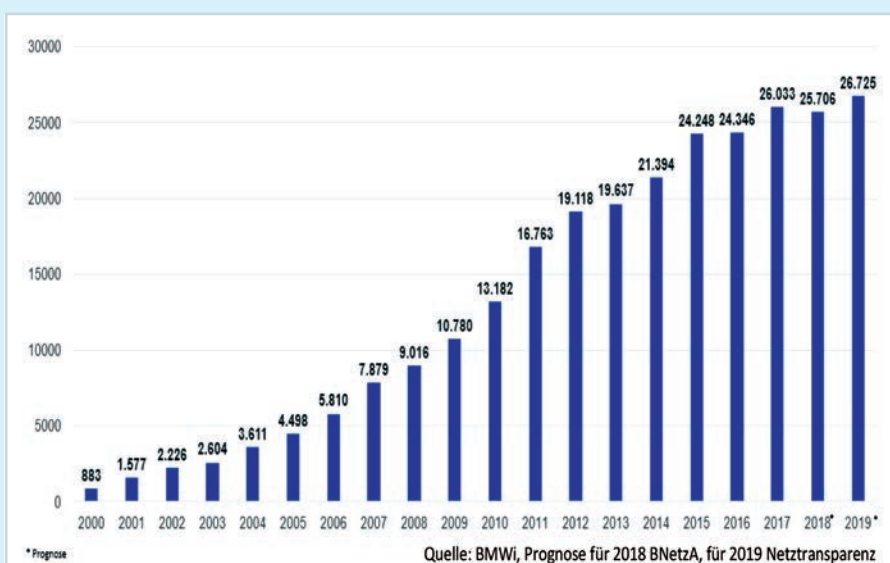


Abb. 3 EEG-Gesamtvergütungszahlungen in Mio. €

„et“-Redaktion